

Migrationsdruck und Terrorismus

Die stärkere Einbeziehung der Westbalkan-Staaten im Kampf gegen den Terrorismus und die Schlepperkriminalität waren Themen bei der Forum-Salzburg-Ministerkonferenz Anfang Mai 2015 in St. Pölten.

Im Jahr 2014 wurden in der Europäischen Union 650.000 Asylanträge gestellt – um 40 Prozent mehr als im Jahr davor. Aufgrund der Krisen in Libyen, Syrien und der Ukraine ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Nicht alle EU- und Forum-Salzburg-Staaten sind gleich stark davon betroffen, aber in allen Ländern gibt es einen Anstieg bei der Zahl von Asylwerbern und illegalen Migranten.

Maßnahmen gegen Schlepper. Österreich erarbeitete auf bilateraler Ebene mit Ungarn einen Fünf-Punkte-Aktionsplan gegen Schlepperei. Trilateral wurde eine Kooperation auf Minister- und Expertenebene mit regelmäßigen Treffen mit Vertretern aus Ungarn und Serbien initiiert und es wurden trilaterale Zugstreifen mit Italien und Deutschland eingeführt.

Österreich ist stark von illegaler Migration über den Westbalkan betroffen. Die Region des Westbalkans erlebt starke Veränderungen im Migrations- und Asylbereich. Staatsbürger verlassen ihr Land und beantragen mit geringer Aussicht auf Erfolg Asyl in EU-Staaten.

Die Westbalkan-Länder sind auch Transitländer für Menschen aus Ländern wie Syrien, dem Irak und Afghanistan in die Europäische Union. Serbien wird zunehmend Zielland, in dem Menschen Antrag auf internationalen Schutz stellen.

„Wir müssen auf den Erfahrungen der bisherigen Kooperationen aufbauen und daraus lernen. Dafür müssen wir die Experten unserer Länder in den drei zentralen Bereichen Kriminalpolizei, Grenzpolizei und Asyl vernetzen“, sagte Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner bei der Ministerkonferenz. Ein Fokus wird dabei auf den Aufbau von Kapazitäten am Westbal-



Forum-Salzburg-Ministerkonferenz in St. Pölten: Vincent Cochetel, UNHCR, Romyana Bachvarova, Bulgarien, Johanna Mikl-Leitner, Saimir Tahiri, Albanien, Jürgen Stock, Interpol.

kan gelegt, wobei EU-Agenturen wie *Frontex* und *EASO* sowie die Expertinnen und Experten des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (*UNHCR*) einbezogen werden.

Terrorismusbekämpfung. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Westbalkan-Staaten war auch bei der Diskussion über Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ein zentrales Thema. Österreich hat im März 2015 eine internationale Anti-Terror-Konferenz ausgerichtet, an der Innen- und Außenminister aus Westbalkan-Ländern und aus benachbarten EU-Ländern teilgenommen haben.

Die Westbalkan-Länder stehen im Kampf gegen Terrorismus vor ähnlichen Herausforderungen wie EU-Staaten, etwa dass mangelnde Perspektiven für junge Menschen Extremismus und Terrorismus begünstigen.

Österreich ist von positiven wie negativen Entwicklungen am Westbalkan als Region in der unmittelbaren Nachbarschaft betroffen. Daher wurde bei der Ministerkonferenz beschlossen, die Westbalkan-Partner stärker einzubeziehen, etwa bei der besseren Kommunikation der Grund- und Freiheitsrechte, vor allem an junge Menschen oder durch die bessere Nutzung des Focal-

Point-Travellers bei Europol, um das Sicherheitsnetz gegen reisende Foreign-Terrorist-Fighters zu verstärken. Bei der Entfernung radikal islamistischer Inhalte aus dem Internet wird man mit der künftigen Internetmeldestelle bei Europol auch eine Einbindung der Westbalkan-Staaten anstreben.

Weitere Themen der Konferenz waren strategische Herausforderungen im Bereich Cyber-Sicherheit, die Auswirkungen der Sicherheitslage in der Ukraine auf Mitteleuropa sowie die

Schwerpunkte der luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft.

Teilnehmer der Forum-Salzburg-Ministerkonferenz unter österreichischem Vorsitz waren Innenminister und Staatssekretäre aus Mittel- und Südosteuropa, Interpol-Generalsekretär Jürgen Stock, EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn sowie die Direktoren Vincent Cochetel (*UNHCR*), Rob Wainwright (*Europol*) und Robert Visser (*EASO*).

Das Forum Salzburg ist eine vom österreichischen Bundesministerium für Inneres im Jahr 2000 initiierte mitteleuropäische Sicherheitspartnerschaft. Sie zielt darauf ab, die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren, die Kooperation und gemeinsame Arbeit innerhalb der Europäischen Union zu koordinieren und die Zusammenarbeit mit den „Freunden des Forums Salzburg“, den Westbalkan-Staaten, voranzutreiben.

Österreich hat im ersten Halbjahr 2015 den Vorsitz des Forums Salzburg inne. Ab 1. Juli 2015 übernimmt Bulgarien die Präsidentschaft. Mitgliedstaaten sind Bulgarien, Kroatien, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

M. L.